

Haushaltsrede 2023

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreistagsfraktion 11. November 2022

Susanne Widmaier

Sehr geehrter Herr Landrat Wolff,

sehr geehrte Damen und Herren der Landkreisverwaltung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags, werte Vertreter der Medien, meine Damen und Herren Zuhörer.

Zu Beginn meiner Ausführungen werde ich aus einem sozialdemokratischen Klassiker zitieren, die Grußbotschaft von Willy Brandt an die Sozialistische Internationale aus dem Jahr 1992 passt in diesen Zeiten, in diesem Jahr nach meiner Ansicht sehr gut:

"Unsere Zeit steckt, wie kaum eine andere zuvor, voller Möglichkeiten – zum Guten und zum Bösen. Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer."

Als wir vor einem Jahr den Kreishaushalt diskutiert haben, hat sich sicherlich keiner von uns vorstellen können, welche Ereignisse uns in diesem Jahr noch ins Haus stehen würden. Der brutale und völkerrechtswidrige Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine hat in Deutschland und Europa zu einer Zeitenwende geführt und das mit direkten Auswirkungen auf unseren Landkreis. Das bezieht sich nicht nur auf die gestiegenen Energie- und Kraftstoffpreise, sondern auch auf die erneut gestörten Lieferketten. Die Auswirkungen gehen diesmal tiefer als während der Pandemie und sind in ihren Folgen abschließend noch gar nicht abschätzbar.

Die Welt befindet sich im Krisenmodus. Die Klima- und Energiekrise verschärft sich weiter. Viele sorgen sich vor einem sozialen Abstieg und fürchten des Winters Kälte und finanzielle Nöte. Die Corona-Pandemie beschäftigt uns noch immer.

Das sind einschneidende Ereignisse, die sich auf unser tägliches Leben auswirken. Sie beherrschen auch die Schlagzeilen, die Gespräche untereinander, in Familien, unter Freundinnen und Freunden, und unser aller Engagement.

Manch einer würde am liebsten den Kopf in den Sand stecken und diesen erst wieder herausziehen, wenn die Welt wieder so ist wie vor einigen Jahren. Aber so einfach geht das nicht- wir alle sind gefordert in unserer Verantwortung, in unserem Lebens- und Arbeitsbereich aktiv zu sein und uns den Herausforderungen, seien diese auch noch so schwer, zu stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Landkreisverwaltung, die SPD-Fraktion erkennt unter welch großem Druck die Beschäftigten des Landkreises stehen. Der Fachkräftemangel ist auch im Landratsamt zu spüren. Hinzu kommt die immer noch angespannte Lage durch Corona, sei es durch akute Erkrankungen oder auch durch Ausfälle an Long Covid erkrankten Personen. Die durch den Krieg ausgelöste Welle der flüchtenden Menschen aus der Ukraine stellt die Landkreisverwaltung aber auch die Kommunen vor sehr große Herausforderungen.

Nicht nur die Unterkünfte müssen geschaffen werden, auch die Sozial- und Hilfeleistungen müssen festgestellt und organisiert werden. In den Kommunen sind die Kindertageseinrichtungen und die Schulen vor sehr große Aufgaben gestellt. Es fehlen Kinderbetreuungsplätze und Fachkräfte, an den Schulen ist nicht ausreichend Lehrpersonal vorhanden.

Es sind deshalb im Landkreis große Herausforderungen zu bewältigen:

- Die Unterbringung und Betreuung der Geflüchteten aus vielen Ländern
- Die Energiekrise
- Der Klimawandel
- Der Fachkräftemangel in allen Bereichen
- Rohstoffmangel
- Transformationsprozesse in Gewerbe und Industrie
- Der Neubau der Klinik und Nachnutzung der Helfensteinklinik
- Erweiterungsbau des beruflichen Schulzentrums in Geislingen
- Der öffentliche Personennahverkehr, hier die Fortschreibung des NVP und bestimmt noch einiges mehr, alles aufzuzählen würde die Redezeit sprengen.

Weil wir diese Aufgaben und Herausforderungen erkennen, verzichten wir in diesem Jahr auf eine Fülle von Anträgen zum Haushalt.

Unsere Anträge sind darauf ausgerichtet, den Landkreis zukunftsfester zu machen und zu stärken.

Einer der Gründe, warum wir nur schwer Fachkräfte finden, ist das mangelnde Angebot an bezahlbarem Wohnraum. Die Wohnungsversorgung in unserer Region, in unserem Landkreis entwickelt sich seit Jahren zu einer großen sozialen Herausforderung. Immer größer werdende Teile der Bürgerschaft sind aufgrund begrenzter ökonomischer Leistungsfähigkeit vom Wohnungsmarkt ausgeschlossen. Die Preissteigerungen bei der Wohnraumerstellung und daraus resultierende Mietpreise sind für breite Bevölkerungsschichten nicht mehr bezahlbar. Ohne Sicherstellung eines erheblichen Anteils an bezahlbarem Wohnraum und ohne höhere öffentliche Förderung drohen gesellschaftlich große Verwerfungen.

A: Wohnraumgipfel: Von der Theorie zur Praxis

Nach dem die Ursachen und Optionen des Wohnraummangels für Land und Region erhellenden "Wohnraumgipfels" beantragen wir eine Umsetzung der Erkenntnisse in die Praxis auf Landkreisebene.

Der Landkreis erstellt aus eigener Kraft:

- 1. Eine Übersicht der von gemeinnützigen Wohnbau-Unternehmen im Landkreis 2023-2026 geplanten Wohnbauvorhaben für Geschoßwohnungsbau a) im klassischen 'sozialen Wohnungsbau' und b) im günstigen Wohnungsbau. Anfragen sind zu entrichten an die Wohnbau Göppingen, die Geislinger GSW, die Siedlungsbau Neckar-Fils, sowie die Kreisbau Filstal selber, selbstverständlich auch an weitere gemeinnützige Träger im Kreisgebiet.
- 2. Eine Gegenüberstellung von Angebot und Bedarf in den jeweiligen Wohnungssegmenten im Kreisgebiet. Damit entsteht Transparenz, was von günstigem Mietwohnungsraum bis zu hochwertigem Einzelhauswohnraum benötigt wird.
- 3. Einen Dialog aller Beteiligten, um unmittelbare Bedürfnisse aus dem Kreisgebiet heraus besser beurteilen und angreifen zu können. In Zusammenarbeit mit Mieterverein und der Liga soll ein Anforderungsprofil für notwendige Wohnungen aus dem Landkreis-Bedarf heraus erstellt werden.

Den Kommunen werden daraus Handreichungen für geplanten Wohnungsbau auf ihren Markungen vorgeschlagen.

Der Wohnraumgipfel hat gezeigt, dass wir erst am Anfang einer großen Schere von Nachfrage und Angebot bei Wohnraum, und insbesondere günstigem Wohnraum sind. Die auf dem Gipfel gegebene Lagebeurteilung muss nun in Handlungen fortgeführt werden und darf keine reine Problemkommunikation bleiben. Gerade weil unterschiedliche Teile des Landkreises nun in unterschiedlicher Weise von der Wohnungsdruckwelle aus dem Zentrum der Region heraus erfasst werden, brauchen wir eine intelligente Strategie und Umsetzung, wie wir einheimischen und externen Interessenten angemessen gerecht werden.

Mobilität - Individualverkehr

Im Jahr 2023 werden wird es unsere Aufgabe sein mit der Fortschreibung des Nahverkehrsplans das Angebot weiter auf die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer anzupassen.

In diesem Zusammenhang möchten wir an unseren Antrag aus den letzten Jahren erinnern, die bessere Anbindung der Industrie- und Gewerbegebiete sowie einer Busverbindung Deggingen - Schlat zu prüfen. Wir werden insbesondere die Verbindungen an den Landkreisgrenzen in andere Landkreise thematisieren. Dies gilt sowohl für Verbindungen innerhalb unseres Verkehrsverbundes Stuttgart wie auch in andere Verkehrsverbünde.

Die SPD bekennt sich klar zu einem stärkeren Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs, der Radinfrastruktur wie dem Radschnellweg, sowie innovativer Mobilitätskonzepte.

Die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm ist nun fertiggestellt, es fahren künftig deutlich weniger Fernzüge durch das Filstal. Wir müssen nun dafür sorgen, dass wie zugesagt ein echter Halbstundentakt kommt und der Metropolexpress nicht mehr durch den Landkreis stolpert. Für uns als SPD-Kreistagsfraktion ist aber klar: Wollen wir langfristig mehr Menschen - insbesondere Berufspendler - zur Nutzung der Schiene statt der Straße animieren, brauchen wir langfristig einen Fünfzehnminutentakt auf der Filstalstrecke. Das beschlossene 49 Euro Ticket wird eine deutliche Zunahme im ÖPNV zur Folge haben, dies hat in diesem Sommer das 9 Euro Ticket gezeigt.

A: Die Landkreisverwaltung nimmt Gespräche mit dem Verkehrsministerium auf um die Dringlichkeit, die Forderung eines 15 oder mindestens 20 Minutentakts im Filstal nochmals mit Nachdruck deutlich zu machen

Ob Mensch, Natur, gebaute Umwelt oder Wertschöpfung – alles und jeder ist vom Klimawandel betroffen.

Eine verantwortliche kommunale Klimapolitik baut daher auf zwei Säulen auf: Zum einen müssen die Treibhausemmissionen verringert werden, um die Erderwärmung zu bremsen, zum anderen müssen sich die Kommunen und somit auch der Landkreis an den Klimawandel und seine Auswirkungen anpassen, um Schäden möglichst gering zu halten.

Bis in das Jahr 2040 müssen wir uns von fossilen Energieträgern verabschieden. Um den Landkreis zukunftsfähig zu gestalten stellen wir folgende Anträge:

A: Die Wasserstofftechnologie früh im Landkreis einführen und verankern

Die Wirtschaftsförderung des Landkreises in Kooperation mit der regionalen WRS sowie das Amt für Mobilität legen dem Kreistag einen Bericht zur Einführung, Anwendung und Nutzung der Wasserstofftechnologie für öffentliche und individuelle Mobilität im Landkreis vor.

Ziele sind:

- 1. Eine Wasserstoff-Tankstelle als Pilot im Kreisgebiet
- 2. Eine Verortung einer möglichen Wasserstoff-Pipeline in Land und Region entlang der Neckar-Fils-Achse
- 3. Die Sammlung verschiedener industrieller und handwerklicher Nutzer
- 4. Die Anschaffung von wasserstoff-betriebenen Bussen im Kreisgebiet

Neben der Elektromobilität ist die Wasserstoff-Mobilität die vielversprechendste Antriebstechnologie für die Energiewende. In der Region Stuttgart wurde schon früh durch entsprechende Fach-Konferenzen der Boden für die neue Technologie bereitet. In den Firmen und Hochschulen sind auch überreich Kompetenzen vorhanden. Wir sind jetzt aber an der Schnittstelle vom Gedanken zur Tat. Deshalb brauchen wir, damit nicht am Ende eine Pipeline am Landkreis vorbeigeht und Pilotprojekte im VVS-Gebiet nicht an anderer Stelle stattfinden, eine Initiative, um Hersteller in der Region, Anwender im Kreisgebiet und Nutzer in den Gemeinden zusammen zu führen.

A: Photovoltaik in Verantwortung des Landkreises nutzen

Photovoltaik ist ein Schlüssel zur Energiewende. Hier muss die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorausgesehen. Wir beantragen, dass die Landkreisverwaltung berichtet, wo auf landkreiseigenen Gebäuden bereits Photovoltaik genutzt wird und wo diese noch genutzt werden kann. Geprüft werden soll auch, ob die veränderten Regelungen bei der Eigenstromnutzung Vorteile für den Landkreis bei der Nutzung von Photovoltaik bringen kann.

Ebenso soll geprüft werden ob Bürgerenergiegenossenschaften oder eine landkreiseigene Gesellschaft diese Flächen entsprechend nutzen können.

A: Umgang und Entsorgung mit Wertstoffen und Abfall im Landkreis Die Landkreisverwaltung muss dringend Gespräche mit dem Betreiber des MHKW EEW führen.

Die Verbrennung von Müll im MHKW erzeugt große Mengen Abwärme. Es ist sicherzustellen, dass diese Wärme in ein Fernwärmenetz eingespeist wird und somit zur Heizung von Gebäuden genutzt wird. Abwärme darf nicht mehr in die Luft geblasen werden.

Soziales

Sozialdemokratische Politik heißt für uns alle Menschen im Blick zu haben und ihnen ein gutes Leben mit Perspektiven zu ermöglichen.

Viele Menschen in unserem Landkreis haben finanzielle Ängste. Die Energiekosten drohen ins uferlose zu steigen. Die Lebenshaltungskosten steigen ebenfalls, die Inflationsrate liegt mittlerweile bei über 10%.

Hier gilt es schnell und unbürokratisch zu helfen.

Im Sozialamt mit seinen komplexen Herausforderungen muss die Digitalisierung schnellstens zur Erleichterung sowohl für die Mitarbeitenden wie auch für die Antragstellenden vorangebracht werden. Es muss möglich sein künftig digital die Anträge zu stellen, dann könnten auch die verschiedenen Fachbereiche die Daten schneller und leichter austauschen und somit die Bearbeitung vereinfachen. Verschlankung und Entbürokratisierung aller Verwaltungsebenen sind die Schlagworte, auch in Bund und Land – es bleibt zu hoffen, dass es nicht bei den Worten bleibt.

Wir freuen uns, dass in diesen schwierigen Zeiten keine Kürzungen von Freiwilligkeitsleistungen im Sozial- und Jugendbereich vorgesehen sind. Wir bedanken uns an dieser Stelle, dass durch die Umsetzung unserer Anträge vom vergangenen Jahr Gespräche aufgenommen wurden und Prozesse vorankommen. Beispielhaft im Bereich der Kostenübernahme des Zugangs zum Frauenhaus zu erleichtern, bei der Substitution von Drogenabhängigen sowie bei der Fachstelle zur Vermeidung von Obdachlosigkeit.

Der Fachkräftemangel ist in aller Munde. Als Gründe werden die demographische Entwicklung sowie die Akademisierung der Ausbildung genannt. Um mehr junge Menschen für die duale Ausbildung zu begeistern und auch die Perspektiven nach dieser Ausbildung aufzuzeigen stellen wir folgenden Antrag:

A: Duale Ausbildung sowie Fort- und Weiterbildungsangebote im Landkreis favorisieren.

Eine Perspektivplanung 'Angebote der beruflichen Ausbildung an den beruflichen Schulzentren unseres Landkreises', die bis zum Ende dieses Jahrzehnts reicht, soll gemacht werden. Sie soll der schleichenden Aushöhlung beruflicher Ausbildung während der letzten Jahre entgegenwirken, vor allem aber neue berufliche Ausbildungsgänge identifizieren und prüfen

Gemeinsam mit der IHK, den Handwerkskammern, der Agentur für Arbeit und den Schulen soll ein Aktionsbündnis entstehen.

Eine Stelle für Integrationsmanagement zur Information, Unterstützung und Vermittlung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund soll den Übergang von der Schule in die berufliche Ausbildung stärken.

"Kein junger Mensch darf verloren gehen"

Wir erinnern an unseren Antrag vom letzten Jahr, dieser lautete:

die berufliche Fort- und Weiterbildung in der sich ständig veränderten Arbeitswelt mit ihren Transformationsprozessen muss entschieden vorangetrieben werden.

Alb Fils Kliniken

Das Rekorddefizit im Jahr 2023 der Alb Fils Kliniken in Höhe von 18,8 Mio. Euro bereitet uns große Sorgen. Die wirtschaftliche Entwicklung mag ihre Ursachen haben und auch begründbar sein, wie z. B. die Coronapandemie und dadurch abzusagende Operationen, fehlende oder nicht ausreichende Rettungsschirme, die Doppelvorhaltungen der Strukturen durch den Umzug in das neue Gebäude, ein deutschlandweiter Personal- und Fachkräftemangel usw., aber damit dürfen und können wir uns nicht zufriedengeben.

Die Aufgaben des Landkreises und auch der Kommunen werden in den zukünftigen Jahren nicht weniger und kleiner, deshalb muss für die Zukunft ein finanzieller Spielraum bestehen bleiben.

A: Kostenbremse und Umsatzwachstum bei den Alb Fils-Kliniken

Der Kreistag fordert Aufsichtsrat und Geschäftsführung der Alb Fils-Kliniken zu einem modifizierten Kostenplan auf, wann und wie die schwarze Null in den Alb Fils Kliniken realistisch erreicht werden kann und zu einer grundsätzlichen Aussage, ob sie auf Dauer mit einem Zuschuss des Landkreises für diese Einrichtung der sozialen Daseinsvorsorge rechnen will.

Der Kreistag erwartet, in Anbetracht beider Möglichkeiten, eine Auflistung von zusätzlichen Maßnahmen, wie Umsatz und Ertrag der AFK gesteigert und Kosten eingespart werden können.

Dazu gehören folgende einzelnen Aussagen:

- Wie kann in der Region Stuttgart zwischen den Krankenhäusern besser und kostensparender kooperiert werden und aus Konkurrenz Synergie werden?
- Wie kann an den Rändern des Landkreises die Nachfrage zur Klinik am Eichert gelenkt werden und dabei, neben das wichtige Werben um Patienten aus dem Mittelbereich Geislingen, auch Patienten-Loyalität im Voralbgebiet und im Schurwald zu erreichen sein

Noch einige Worte zum Stellenplan:

Den geplanten Stellenneuschaffungen, auch den sogenannten Poolstellen, können wir Stand heute zustimmen. Kritisch sehen wir wie auch in den Vorjahren die pauschale Vorabreduzierung der Personalkosten in Höhe von 2,1 Mio. Euro, dies bedeutet eine deutliche Unterbesetzung von derzeit 120 Stellen im Landratsamt, dadurch steigt die Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden, dies sehen wir mit großer Sorge. Für die vielfältigen komplexen Aufgaben ist eine Arbeitsüberlastung auf Dauer nicht hinnehmbar und auch nicht leistbar.

Sehr geehrter Herr Landrat, Sie sprachen bei der Haushaltseinbringung von einem Haushalt der geringen Belastbarkeit mit einem Rekordhaushaltsvolumen in Höhe von 357,7 Mio. Euro, einer Rekordverschuldung und einem Rekorddefizit der Klinik. An sich sind Rekorde positiv besetzt, siehe zum Beispiel beim Sport, da ist es gut immer höher, schneller und weiter zu kommen. Dies trifft aber bei den Finanzen des Landkreises so nicht zu, da hoffen wir, dass die Rekorde nicht in dieser Weise weiter steigen werden und die Defizite wieder sinken.

Dazu müssen viele Anstrengungen unternommen werden, aber nicht im "klein -klein" wie teilweise in der Potentialanalyse dargestellt.

Bei der Steuerkraftsumme der Kommunen liegt der Landkreis lediglich auf Platz 35 von 44 im Land, laut der Prognosstudie sind wir lediglich im Mittelfeld.

Das Ziel muss es sein, die Erträge durch Innovationen und schnelle Entscheidungen zu steigern.

Auf der Seite 26 des HH-Plans bei der Bewertung der Chancen sind viele Fragezeichen zu finden, da bleibt es nur zu hoffen, dass aus den Fragezeichen positive Ausrufezeichen im Lauf des kommenden Jahres werden.

Spannend sind noch folgende Informationen der Kämmerei die ebenfalls noch Unwägbarkeiten beinhalten:

November-Steuerschätzung – dazu liegen uns bisher keine Regionaldaten zu den Auswirkungen auf die Landkreise und Kommunen vor

Bundes- Entlastungsprogramm – Unterstützung im Gesundheitsbereich/Kliniken und Asyl- Flüchtlingswesen; auch hier liegen uns bislang keinerlei Informationen vor.

Deshalb werden wir dem Vorschlag der Verwaltung zur Höhe der Kreisumlage von 32,5 % Stand heute zustimmen. Wir wissen sehr wohl, dass dies für die Kommunen nicht einfach sein wird, aber bei den großen Herausforderungen und den Unsicherheiten auch für den Landkreis im kommenden Jahr halten wir diese Höhe für angemessen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Uns und der Verwaltung stehen wie jedes Jahr anstrengende, aber auch spannende Wochen bevor. Wenngleich die Zahl der Anträge diesmal begrenzt ist, die zu behandelnden Themen sind wie immer vielfältig. Die Herausforderungen für unseren Landkreis sind groß und deren Ursachen liegen oftmals nicht in unserer Hand, wie das vergangene Jahr gezeigt hat. Ich komme noch einmal auf das Zitat von Willy Brandt vom Anfang meiner Rede zurück. Er fährt dann nämlich fort:

"Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll."

Ein starker und geeinter Landkreis kann Gutes bewirken - ich denke, dass wir uns da einig sind. Ob unsere Antworten auch immer auf der Höhe der Zeit sind, das werden nun die künftigen Beratungen und die Zukunft zeigen.

Zum Schluss meiner Ausführungen bedanken wir uns:

bei Ihnen Herr Landrat Wolff für die gute Zusammenarbeit in diesen für Alle schwierigen Zeiten, der Kämmerei und Ihnen Herr Stolz für die Erstellung des Haushaltsplans, bei der gesamten Verwaltung, bei allen Mitarbeitenden in der Verwaltung sowie in allen landkreiseigenen Einrichtungen für die immer gute Zusammenarbeit.

Ein besonderer Dank geht an die Geschäftsführung und alle Mitarbeitenden der Alb Fils Kliniken.

Auch bei den Mitgliedern meiner Fraktion bedanke ich mich für die konstruktiven Diskussionen und die Zuarbeit.

Danke auch an alle Personen im Landkreis die sich engagieren und für unsere Gemeinschaft einsetzen, sei dies in Vereinen, Organisationen, Verbänden, bei den Rettungsdiensten und vielem anderen mehr.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit



Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreistagsfraktion 11. November 2022

Susanne Widmaier

A: Wohnraumgipfel: Von der Theorie zur Praxis

Nach dem die Ursachen und Optionen des Wohnraummangels für Land und Region erhellenden "Wohnraumgipfels" beantragen wir eine Umsetzung der Erkenntnisse in die Praxis auf Landkreisebene.

Der Landkreis erstellt aus eigener Kraft:

- 1. Eine Übersicht der von gemeinnützigen Wohnbauunternehmen im Landkreis 2023-2026 geplanten Wohnbauvorhaben für Geschoßwohnungsbau a) im klassischen 'sozialen Wohnungsbau' und b) im günstigen Wohnungsbau. Anfragen sind zu entrichten an die Wohnbau Göppingen, die Geislinger GSW, die Siedlungsbau Neckar-Fils, sowie die Kreisbau Filstal selber, selbstverständlich auch an weitere gemeinnützige Träger im Kreisgebiet.
- 2. Eine Gegenüberstellung von Angebot und Bedarf in den jeweiligen Wohnungssegmenten im Kreisgebiet. Damit entsteht Transparenz, was von günstigem Mietwohnungsraum bis zu hochwertigem Einzelhauswohnraum benötigt wird.
- 3. Einen Dialog aller Beteiligten, um unmittelbare Bedürfnisse aus dem Kreisgebiet heraus besser beurteilen und angreifen zu können. In Zusammenarbeit mit Mieterverein und der Liga soll ein Anforderungsprofil für notwendige Wohnungen aus dem Landkreisbedarf heraus erstellt werden. Den Gemeinden werden daraus Handreichungen für geplanten Wohnungsbau auf ihren Markungen vorgeschlagen.

Der Wohnraumgipfel hat gezeigt, dass wir erst am Anfang einer großen Schere von Nachfrage und Angebot bei Wohnraum, und insbesondere günstigem Wohnraum sind. Die auf dem Gipfel gegebene Lagebeurteilung muss nun in Handlungen fortgeführt werden und darf keine reine Problem-Kommunikation bleiben. Gerade weil unterschiedliche Teile des Landkreises nun in unterschiedlicher Weise von der Wohnungs-Druckwelle aus dem Zentrum der Region heraus erfasst werden, brauchen wir eine intelligente Strategie und Umsetzung, wie wir einheimischen und externen Interessenten angemessen gerecht werden.

A: Wasserstofftechnologie früh im Landkreis einführen und verankern

Die Wirtschaftsförderung des Landkreises in Kooperation mit der regionalen WRS sowie das Amt für Mobilität legen dem Kreistag einen Bericht zur Einführung, Anwendung und Nutzung der Wasserstofftechnologie für öffentliche und individuelle Mobilität im Landkreis vor.

Ziele sind:

- 1. Eine Wasserstoff-Tankstelle als Pilot im Kreisgebiet
- 2. Eine Verortung einer möglichen Wasserstoff-Pipeline in Land und Region entlang der Neckar-Fils-Achse
- 3. Die Sammlung verschiedener industrieller und handwerklicher Nutzer
- 4. Die Anschaffung von wasserstoff-betriebenen Bussen im Kreisgebiet Neben der Elektromobilität ist die Wasserstoff-Mobilität die vielversprechendste Antriebstechnologie für die Energiewende. In der Region Stuttgart wurde schon früh durch entsprechende Fachkonferenzen der Boden für die neue Technologie bereitet.

In den Firmen und Hochschulen sind auch überreich Kompetenzen vorhanden. Wir sind jetzt aber an der Schnittstelle vom Gedanken zur Tat. Deshalb brauchen wir, damit nicht am Ende eine Pipeline am Landkreis vorbeigeht und Pilotprojekte im VVS-Gebiet nicht an anderer Stelle stattfinden, eine Initiative, um Hersteller in der Region, Anwender im Kreisgebiet und Nutzer in den Gemeinden zusammen zu führen.

A: Die Landkreisverwaltung nimmt Gespräche mit dem Verkehrsministerium auf um die Dringlichkeit, die Forderung eines 15 oder mindestens 20 Minutentakts im Filstal nochmals mit Nachdruck deutlich zu machen

Die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm ist nun fertiggestellt, es fahren künftig deutlich weniger Fernzüge durch das Filstal. Wir müssen nun dafür sorgen, dass wie zugesagt ein echter Halbstundentakt kommt und der Metropolexpress nicht mehr durch den Landkreis stolpert. Für uns als SPD-Kreistagsfraktion ist aber klar: Wollen wir langfristig mehr Menschen - insbesondere Berufspendler - zur Nutzung der Schiene statt der Straße animieren, brauchen wir dringend einen Fünfzehnminutentakt auf der Filstalstrecke. Das beschlossene und im kommenden Jahr einzuführende 49 Euro Ticket wird eine deutliche Zunahme im ÖPNV zur Folge haben, dies hat in diesem Sommer das 9 Euro Ticket gezeigt.

A: Photovoltaik in Verantwortung des Landkreises nutzen

Photovoltaik ist ein Schlüssel zur Energiewende. Hier muss die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorausgesehen. Wir beantragen, dass die Landkreisverwaltung berichtet, wo auf landkreiseigenen Gebäuden bereits Photovoltaik genutzt wird und wo diese noch genutzt werden kann. Geprüft werden soll auch, ob die veränderten Regelungen bei der Eigenstromnutzung Vorteile für den Landkreis bei der Nutzung von Photovoltaik bringen kann.

Ebenso soll geprüft werden ob Bürgerenergiegenossenschaften oder eine landkreiseigene Gesellschaft diese Flächen entsprechend nutzen können.

A: Umgang und Entsorgung mit Wertstoffen und Abfall im Landkreis

Die Landkreisverwaltung muss dringend Gespräche mit dem Betreiber des MHKW EEW führen.

Die Verbrennung von Müll im MHKW erzeugt große Mengen Abwärme. Es ist sicherzustellen, dass diese Wärme in ein Fernwärmenetz eingespeist wird und somit zur Heizung von Gebäuden genutzt wird. Abwärme darf nicht mehr in die Luft geblasen werden.

A: Duale Ausbildung sowie Fort- und Weiterbildungsangebote im Landkreis favorisieren.

Eine Perspektivplanung 'Angebote der beruflichen Ausbildung an den beruflichen Schulzentren unseres Landkreises', die bis zum Ende dieses Jahrzehnts reicht soll gemacht werden. Sie soll der schleichenden Aushöhlung beruflicher Ausbildung während der letzten Jahre entgegenwirken, vor allem aber neue berufliche Ausbildungsgänge identifizieren und prüfen, wo in Geislingen und Göppingen mit über das Kreisgebiet hinausgehendem Einzugsbereich angesiedelt werden können

und wie die Infrastruktur dafür (Wohnheimplätze, zentrale Werkstätten, Kooperationspartner etc.) bereitgestellt werden kann.

Gemeinsam mit der IHK, den Handwerkskammern, der Agentur für Arbeit und den Schulen soll ein Aktionsbündnis entstehen.

Eine Stelle für Integrationsmanagement zur Information, Unterstützung und Vermittlung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund soll den Übergang von der Schule in die berufliche Ausbildung stärken. "Kein junger Mensch darf verloren gehen".

Wir erinnern an unseren Antrag vom letzten Jahr, die berufliche Fort- und Weiterbildung in der sich ständig veränderten Arbeitswelt mit ihren Transformationsprozessen muss entschieden vorangetrieben werden.

A: Kostenbremse und Umsatzwachstum bei den Alb Fils-Kliniken

Der Kreistag fordert Aufsichtsrat und Geschäftsführung der Alb Fils-Kliniken zu einem modifizierten Kostenplan auf, wann und wie die schwarze Null in den Alb Fils Kliniken realistisch erreicht werden kann und zu einer grundsätzlichen Aussage, ob sie auf Dauer mit einem Zuschuss des Landkreises für diese Einrichtung der sozialen Daseinsvorsorge rechnen will.

Der Kreistag erwartet, in Anbetracht beider Möglichkeiten, eine Auflistung von zusätzlichen Maßnahmen, wie Umsatz und Ertrag der AFK gesteigert und Kosten eingespart werden können. Dazu gehören folgende einzelnen Aussagen:

- Wie kann in der Region Stuttgart zwischen den Krankenhäusern besser und kostensparender kooperiert werden und aus Konkurrenz Synergie werden?
- Wie kann an den Rändern des Landkreises die Nachfrage zur Klinik am Eichert gelenkt werden und dabei, neben das wichtige Werben um Patienten aus dem Mittelbereich Geislingen, auch Patienten-Loyalität im Voralbgebiet und im Schurwald erreicht werden?

Die schwierigen Zahlen der AFK sind augenblicklich ein Ergebnis der Pandemie, der Personalknappheit sowie der Verknappung von Rohstoffen und Teuerungen von Folgeprodukten. Ausgangspunkt der Misere der Alb Fils-Kliniken ist aber nicht allein dies. Es ist das strukturelle Defizit einer Klinik, die zu wenig für Synergien und zu viel für Verzicht ist. Bei der zu erwartenden weiteren Konsolidierung der Klinik-Landschaft benötigt der Landkreis und seine AFK jetzt eine klare Bestandsaufnahme für die gewünschte Eigenständigkeit der AFK. Der Landkreis benötigt aber im Blick auf seine für die Zukunft offensiven Aufgaben der Bildung und Betreuung, Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaftsförderung auch eine Aussage, wieviel ihm an Spielräumen dafür nach dem Defizit der AFK noch bleibt.